## Vertreter der Bezirksregierung überreichen Urkunde an Verantwortliche des Staatsbades

## Von Malte Samtenschnieder

**Bad Oeynhausen**(WB). Jetzt haben es die Verantwortlichen Schwarz auf Weiß: Das Staatsbad Oeynhausen hat den Nachweis erbracht, dass es weiter das Prädikat »Heilbad« tragen darf. Diese frohe Kunde hat Justizdezernentin Marion Schostag-Grondorf gestern im Namen der Bezirksregierung Detmold Dirk Henschel, Leiter des Eigenbetriebes Staatsbad, überbracht.

Die Überprüfung des »Heilbad«-Status' geht laut Dirk Henschel auf ein neues Kurortegesetz aus dem Jahr 2008 zurück. Im Gegensatz zu dessen Vorgänger aus dem Jahr 1975 seien darin nicht nur Kriterien enthalten, die eine Kommune erfüllen muss, um neu als Kurort anerkannt zu werden. »Es geht vielmehr auch darum, welchen Anforderungen eine Stadt wie Bad Oeynhausen genügen muss, um weiter als Heilbad anerkannt zu bleiben«, betonte der Leiter des Eigenbetriebes Staatsbad.

Marion Schostag-Grondorf, Justizdezernentin im zuständigen Dezernat Öffentliche Gesundheit und Soziales der Bezirksregierung Detmold, bezeichnete die gesetzlich vorgeschriebene Überprüfung als »Kurorte-TÜV«. Insbesondere die Anforderungen an Heilbäder seien erheblich. Sie ergäben sich einerseits aus dem Kurortegesetz und andererseits aus den Bestimmungen des Deutschen Heilbäder- und Tourismusverbandes. Der Aufwand des Prüfverfahrens sei gerechtfertigt. Es komme Kurgästen, Patienten in den Reha-Kliniken und Erholungsuchenden zugute. Marion Schostag-Grondorf: »Nach einer erfolgreichen Überprüfung ist gewährleistet, dass die für ein Heilbad obligatorischen Einrichtungen in entsprechender Qualität vorhanden sind.«

»Sprudeln die Heilquellen noch? Hat es negative bauliche Veränderungen gegeben? Ist der Kurpark in einem ordentlichen Zustand?«

Diese und viele weitere Fragen werden nach Angaben des Justizdezernentin während des Nachweisverfahrens überprüft. Einerseits habe Bad Oeynhausen vorgeschriebene Gutachten vorlegen müssen. Andererseits habe sich Sachbearbeiterin Britta Büker im Auftrag der Bezirksregierung vor Ort ein Bild von den Gegebenheiten gemacht. Marion Schostag-Grondorf: »Zudem wurden ein Luft-und ein Bioklimagutachten erstellt.«

»Wir waren insbesondere auf das Ergebnis des Luftgutachtens gespannt«, sagte Bürgermeister Klaus Mueller-Zahlmann. Er habe im Vorfeld die Befürchtung gehabt, dass der Durchgangsverkehr auf der B 61 das Ergebnis so stark belasten könnte, dass Bad Oeynhausen bei der Erlangung des Heilbad-Status' in dieser Kategorie angreifbar werden könnte. Diese Besorgnis habe sich aber am Ende – zum Glück – als unbegründet erwiesen.

Das Prädikat »Heilbad« bleibt laut Bürgermeister Klaus Mueller-Zahlmann für Bad Oeynhausen auch künftig von existenzieller Bedeutung – nicht nur für ein aktives Marketing auf verschiedenen Ebenen. Der Großteil der eine Million Übernachtungen pro Jahr verteile sich auf die Reha-Kliniken. Zudem sei ein Drittel der in Bad Oeynhausen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der »weißen Industrie« tätig. Deshalb sei es wichtig, dass langfristig – nach dem Wegfall von Landeszuschüssen – aus dem städtischen Haushalt Geld bereitgestellt werde,

um die Einrichtungen des Staatsbades zu finanzieren. Klaus Mueller-Zahlmann: »Sonst werden sie irgendwann nicht mehr den hohen Ansprüchen genügen.«

Voll des Lobes äußerte sich Marion Schostag-Grondorf über Bad Oeynhausen. »Wir haben bei unseren Überprüfungen gesehen, dass Kurort nicht gleich Kurort und Heilbad nicht gleich Heilbad ist – und das ist auch gut so.« Jede Kommune habe so die Möglichkeit, ihr eigenes Profil zu schärfen. Die Justizdezernentin: »Bad Oeynhausen überzeugt durch seine wunderschönen alten Gebäude, seinen Kurpark und verschiedene Kliniken mit Ruf.«

Auf den Lorbeeren ausruhen können sich Leiter Dirk Henschel, und die Mitarbeiter des Eigenbetriebes Staatsbad aber nicht.

»Das komplette Prüfverfahren muss in zehn Jahren wiederholt werden«, sagte Marion Schostag-Grondorf. Ein erneutes Luftgutachten sei bereits in fünf Jahren erforderlich.

© 2013 WESTFALEN-BLATT - Bad Oeynhausener Anzeiger und Tageblatt vom 04.04.2013